



Dr. Hans Fabian Kruse

Präsident

AGA Norddeutscher Unternehmensverband
Großhandel – Außenhandel – Dienstleistung e. V.

EuropaAbend 2025

1. April 2025

Panoramadeck Hamburg

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Vorstandsvorsitzende, liebe Frau Nahles,
sehr geehrte Frau Senatorin, liebe Frau Leonhard,
sehr geehrter Herr Schmidt,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Konsularischen Korps,
meine Damen und Herren,

in diesem Jahr betrachten wir mit dem Thema Arbeitsmarkt eine der wesentlichen Herausforderungen für kleine und mittlere Unternehmen. Sie alle wissen, wovon ich spreche.

Und ich beginne mit einem Zitat:

„Es wird bei uns in Zukunft ohne Fachkräftezuwanderung keinen Wohlstand und damit auch keinen Sozialstaat geben.“ Diese Worte stammen von Andrea Nahles.

Damit geben Sie, die Vorsitzende des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit, eine klare Richtung vor. Wenn wir nicht wollen, dass es auf dem deutschen Arbeitsmarkt bald düster aussieht, müssen wir handeln. Und damit haben Sie Frau Nahles, an der Spitze der BA, einige Herausforderungen zu meistern: den Fachkräftemangel, mehr Digitalisierung, die Transformation auch der eigenen Behörde – es gibt viel zu tun.

Frau Nahles, Sie sind schon qua Amt die führende Arbeitsmarktexpertin in Deutschland. Und wir sehen mit Zustimmung, dass Sie in Ihrer Funktion so viel politische Erfahrung, fachliche Expertise und Herzblut einbringen. Zudem meistern Sie elegant den Balanceakt zwischen den Interessen der maßgeblichen Player, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern sowie der öffentlichen Hand.

Wir freuen uns auf Ihre Ausführungen zur Situation auf dem Arbeitsmarkt nach dem Hauptgang.

Von mir bekommen Sie, meine Damen und Herren, nun die inhaltliche Vorspeise mit meinen Einschätzungen zur aktuellen Lage in Deutschland und Europa serviert.

Liebe Gäste,

es ist erst ein Quartal in 2025 vergangen, doch die Ereignisse könnten bereits ein ganzes Jahr füllen. Winterwahlkampf in Deutschland, in den USA die Amtsübernahme von Präsident Donald Trump. Er stellt seither das transatlantische Bündnis auf eine harte Bewährungsprobe. Unter anderem dadurch, dass er wiederholt den Eindruck vermittelt, sich von der westlichen

Wertegemeinschaft abzuwenden, indem er scheinbar Deals mit Russland anstrebt. Er demütigt den ukrainischen Präsidenten vor den Augen der Weltöffentlichkeit, um sich – zumindest für ein paar Tage – komplett von der Ukraine abzuwenden.

Gleichzeitig beschwört er mit Zöllen einen Handelskrieg herauf.

Und wir Deutschen haben gewählt. Die Union hat einen klaren Regierungsauftrag bekommen, die Koalitionsverhandlungen mit der SPD laufen auf Hochdruck. Mit wichtigen finanziellen Verpflichtungen für die Verteidigung. Und teilweise überraschenden Verpflichtungen für allerlei weitere Zukunftsinvestitionen, wobei Viele von uns sich fragen, wie wir das Geld auch zügig und sinnvoll verplant und ausgegeben bekommen.

Ich denke, nicht nur, aber ganz besonders angesichts der geopolitischen Herausforderungen und der volatilen Sicherheitslage brauchen wir jetzt ein starkes Deutschland als verlässliche Kraft eines noch stärkeren Europas.

Hier liegen unsere Hoffnungen und Erwartungen auf der neuen Bundesregierung, angeführt von einem künftigen Kanzler Friedrich Merz. Europa schaut erwartungs- und hoffnungsvoll nach Berlin. Unsere Partner erwarten zu Recht, dass wir unserer

Verantwortung als größtes und wirtschaftsstärkstes Land innerhalb der EU gerecht werden.

Es geht schon damit los, künftig in Brüssel deutsche Einigkeit zu zeigen. Deutschland kann es sich nicht leisten, keine Meinung zu haben, sondern muss klar Position beziehen. Das zwischenzeitlich unrühmliche „German Vote“, das sich enthalten, ist kein Zukunftsmodell.

Gleichzeitig müssen wir auf unsere Partner in Europa zugehen und Allianzen schmieden. Dass sich Friedrich Merz unmittelbar nach der Bundestagswahl bereits mehrmals mit Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron getroffen hat, ist ein wichtiges Signal. Auch die Reaktivierung des Weimarer Dreiecks zeigt, dass die künftige Bundesregierung verstanden hat, welche außenpolitischen Prioritäten verfolgt werden müssen.

Fest steht: Die Ukraine braucht unsere Unterstützung mehr denn je. Die USA knüpfen weitere Militärhilfen und Geheimdienstinformationen an zum Teil täglich wechselnde Zugeständnisse der Ukraine. Eine Täter-Opfer-Umkehr ist fatal und wir Europäer müssen uns jetzt standhaft dem menschenverachtenden Expansionsstreben von Putin entgegenstellen.

Deshalb sind in Europa so massive Investitionen in die Verteidigung notwendig. Die durchaus vorhandenen militärischen Kräfte Europas gilt es, zu bündeln und zu koordinieren. Für uns ist entscheidend, dass Europa zusammenarbeitet. Das heißt, gemeinsame Verteidigungspolitik und Rüstungsbeschaffung, gemeinsame Infrastrukturanstrengungen und noch einen Schritt weitergedacht, gemeinsame Kommandostrukturen.

In dieser Weltlage ist das „whatever it takes“-Bekenntnis von Union und SPD für die Verteidigung richtig. Wir alle müssen unseren Beitrag leisten, damit wir die anstehenden Aufgaben zukunftssicher erfüllen können. Wenigstens für die nächsten Jahre gilt: Wir müssen uns alle mehr anstrengen und Bestehendes regelmäßig auf den Prüfstand stellen.

Ein Beispiel: Unsere dänischen Nachbarn haben bereits 2023 einen Feiertag abgeschafft, um mehr Kapazitäten für Rüstungsausgaben zu haben. Laut Analysen sorgt der gestrichene Feiertag für umgerechnet rund 400 Millionen Euro mehr in der dänischen Staatskasse. Diesen Beitrag halte ich auch bei uns für folgerichtig.

Meine Damen und Herren,

Deutschland ist auf einen freien Weltmarkt und ein möglichst starkes Europa angewiesen. Europa ist unser Schicksal und die Europäische Union unser Heimatmarkt. Mehr als zwei Drittel unseres Handels wickeln wir mit den Ländern der EU ab. Das ist unsere wirtschaftliche Lebensversicherung. Deshalb muss Deutschland führend daran arbeiten, Europa wirtschaftlich stärker und unabhängiger zu machen.

Während die USA und China sich voneinander abgrenzen, sollte Europa die Lücken füllen und neue Lieferketten aufbauen. Indien, Südostasien, Südamerika – dort sind unsere Wachstumsmärkte von morgen. Auch müssen wir den Binnenmarkt krisenfester aufstellen und strategische Abhängigkeiten von China reduzieren. Es kann nicht sein, dass unsere Industrie bei Halbleitern, Medikamenten oder seltenen Erden von einem einzigen Land so abhängig ist. Gleichzeitig müssen wir verhindern, dass billige chinesische Produkte, die in Europa alle Regeln unterlaufen, unsere Märkte fluten und so unsere Unternehmen aus dem Markt drängen. Temu und Shein sind eine warnende Herausforderung, die eingedämmt gehört.

Und noch ein Wort zum US-Präsidenten: Donald Trump ist kein Diplomat – er ist ein Geschäftsmann mit dem Habitus eines Dealmakers. Er setzt auf maximale Eskalation, um am Ende bessere Deals herauszuschlagen. Das ist keine Frage von Moral, sondern von Kalkül. Und genau deshalb sollte die Reaktion Europas nicht aus Empörung bestehen, sondern aus klugen, wirtschaftlich überlegten Schachzügen.

Damit die EU vor dem Hintergrund des drohenden Handelskonflikts mit den USA und China nicht unter die Räder gerät, braucht die Handelspolitik neuen Schwung. Auch hier ist Deutschland gefragt. Für das Mercosur-Freihandelsabkommen gilt es, zeitnah eine Mehrheit im Europäischen Rat zu organisieren und den Abschluss weiterer Abkommen – zum Beispiel mit Indien, Indonesien, Thailand und Australien – zügig voranzutreiben. Schneller zum Ziel werden wir künftig nur kommen, wenn sich die Abkommen auf Kerninhalte zum Handel beschränken und nicht mit zu vielen ideologischen Ansprüchen überfrachtet werden.

Meine Damen und Herren,

wir befinden uns im dritten Jahr in Folge in einer Rezession. Auch hier steht die neue Regierung vor großen Aufgaben. Wir brauchen eine Wirtschaftswende: Freiheit statt Verbote, soziale Marktwirtschaft statt sozialpolitischer Verheißungen. Deutschland muss wieder wettbewerbsfähig und zu einem attraktiven Standort für Investitionen werden.

Ein Sondervermögen für unsere Verteidigungsfähigkeit ist angesichts der Weltlage notwendig. Gleichwohl dürfen bei den Finanzpaketen nicht die Haushaltskonsolidierung und überfällige Reformen aus den Augen verloren werden. Fest steht, es geht nur mit tiefgreifenden Strukturreformen. Was die Wirtschaft jetzt dringend braucht, sind weniger Bürokratie, schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren, sinkende Unternehmenssteuern, niedrigere Energiekosten, mehr Digitalisierung, eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und mehr Investitionen in Innovationen.

Erste Anzeichen, dass der Ernst der Lage erkannt worden ist, kommen aus Brüssel mit den Omnibus-Vereinfachungs-Entwürfen. Geht es nach der EU-Kommission sollen beispielsweise die Vorgaben aus dem Europäischen Lieferkettengesetz für Unternehmen leichter umsetzbar werden.

Jetzt ist das Europäische Parlament gefragt. Die bisherigen Vorschläge sind erste Schritte in Richtung zu weniger Regulierung, aber es muss aus meiner Sicht weitergehen. Entscheidend bleibt, den Anwendungskreis der Regularien zu verkleinern. Die neue Bundesregierung ist aufgefordert, den Druck auf die EU-Kommission stetig aufrechtzuerhalten, damit die Vorhaben zur Entlastung nicht nur warme Worte bleiben.

Auch die für dieses Jahr vorgesehenen schärferen CO₂-Grenzwerte für Autohersteller hat die EU-Kommission auf den Prüfstand gestellt. Gelockerte Abgasvorschriften für weitere drei Jahre sollen der Wirtschaft Zeit verschaffen. Das bedeutet nicht den Weltuntergang. Auch Klimaschutz muss angemessen und effizient betrieben werden.

Nur mit wirklichen Vereinfachungen und klaren Streichungen können wir die Wirtschaft aus der Sackgasse holen, den Hebel umlegen und wieder Fahrt aufnehmen – in Richtung Wachstum, Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit – auch sozialer Sicherheit.

Das Thema Migration möchte ich nicht aussparen. Hier brauchen wir eine konsequente Politik.

Die Städte und Gemeinden stoßen überall an ihre Grenzen. Es fehlt in den Kommunen an Kitaplätzen und auch die Bildungsinfrastruktur ist am Limit. Mancherorts können selbst die Erwartungen der Bürger an die eigene kommunale Infrastruktur und die Dienstleistungen nicht erfüllt werden. Daher brauchen wir den Umschwung bei der irregulären Migration, um den sozialen Frieden zu wahren und Populisten nicht stärker werden zu lassen, die genau die Einwanderer abschrecken, die wir so dringend brauchen.

Deutschland ist weiterhin auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen. Die neue Bundesregierung muss bei der ungesteuerten Migration einen Neustart forcieren, um dauerhaft Akzeptanz für die Erwerbsmigration in der Bevölkerung zu schaffen. Was mir wichtig ist, Arbeit und Beschäftigung sind DER Schlüssel zur erfolgreichen Integration. Das haben wir auch gerade im Film eindrucksvoll gehört.

Liebe Gäste,

ein zusätzlicher Baustein, um die Wirtschaft zu stärken und den Wohlstand zu sichern, ist ein funktionierender Arbeitsmarkt. Dafür brauchen wir Veränderungen. Die Rechnung wird nur aufgehen, wenn wir inländische Potenziale auf dem Arbeitsmarkt mobilisieren und gleichzeitig Arbeits- und Fachkräfte aus dem Ausland anwerben.

Mich besorgt am meisten, dass wir Deutschen viel weniger Jahresstunden arbeiten als unsere europäischen Nachbarn und Viele weiter von Arbeitszeitkürzungen träumen. Jeder Wohlstand, auch der vom Staat verteilte, muss erst einmal verdient werden. Deshalb plädiere ich auch bei uns für die Streichung von mindestens einem Feiertag. Meines Erachtens bietet sich der Pfingstmontag dazu an.

Aber um das Arbeitszeitvolumen zu steigern, brauchen wir auch mehr Flexibilität. Flexible Arbeitsmodelle und mehr Kita-Betreuungsplätze sind entscheidend, um insbesondere mehr Frauen Vollzeitbeschäftigung zu ermöglichen. Ältere Menschen sollten länger im Erwerbsleben bleiben oder zur Rückkehr in den Job motiviert werden. Hier sind auch wir Arbeitgeber gefragt, unseren auf die Rente zugehenden Mitarbeitern attraktive Angebote zu machen. Gleichzeitig brauchen wir ein flexibles

Arbeitszeitgesetz. Die Tageshöchstleistungszeit sollte durch eine wöchentliche Höchstleistungszeit ersetzt werden und Vertrauensarbeitszeit muss weiterhin möglich sein. Arbeit muss sich wieder lohnen. Daher müssen die Anreize für Erwerbstätigkeit andere Leistungen übertreffen.

Meine Damen und Herren,

dass die qualifizierte Zuwanderung für die Zukunftsfähigkeit unseres Arbeitsmarktes und auch für unsere Gesellschaft unerlässlich ist, dafür steht unser heutiger Gast Andrea Nahles.

Gleichwohl müssen wir feststellen, dass dafür noch zu wenig getan wird. Unternehmen berichten trotz Fachkräfteeinwanderungsgesetz von langen Anwerbungsverfahren aus Nicht-EU-Staaten, verursacht durch Unmengen an Bürokratie, langen Wartezeiten für Visa sowie aufwendige Verfahren zur Berufsankennung.

Ein Beispiel sind die Berufskraftfahrer im Güterverkehr, ein Berufszweig, in dem mehr Fahrer in Rente gehen als nachkommen. Jedes Jahr fehlen in Deutschland etwa 40.000 bis 60.000 von ihnen. Das wird mittelfristig zu Versorgungsengpässen führen. Arbeitgeber berichten, dass Führerscheine von Zuwanderern nur nach langer Verzögerung anerkannt und

gleichzeitig viele Sprachkenntnisse verlangt werden. Hier brauchen wir Tempo durch Digitalisierung und Vereinfachung.

Gleichzeitig muss die Zuwanderung für Arbeitskräfte aus Drittstaaten über die Zeitarbeit weiter erleichtert möglich sein. Und die Willkommenskultur ist entscheidend.

Das sind nur ein paar Gedanken von mir, bewusst in Stichworten. Denn wir haben heute mit Andrea Nahles die Arbeitsmarktexpertin bei uns, die uns erklären kann, an welchen Stellschrauben wir wirklich drehen müssen. Ich freue mich auf Ihre Festrede nach dem Hauptgang und wünsche uns allen nun einen guten Appetit und bereits angeregte Gespräche.